



Newsletter vom 9. 10. 2022

Inhalt

Die richtigen Lehren aus den Reformdebakeln zu ziehen wird harte Arbeit für die Bildungspolitik	1
6.10.2022, Hanspeter Amstutz	1
Humboldt oder McKinsey? Wohin steuert die Maturitätsreform?	3
Journal 21, 24.9.2022, von Carl Bossard	3
Frühfranzösisch: Ein Amoklauf im bildungspolitischen Zentralmassiv	5
Condorcet Bildungsperspektiven, 3.10.2022, Alain Pichard	5
Mehrheit beurteilt den Aufwand für Frühfranzösisch als wenig sinnvoll.....	7
Starke Schule beider Basel, 30.9.2022, Alina Isler, Vorstand Starke Schule beider Basel	7
Die abenteuerliche Geschichte des gescheiterten Dreisprachenkonzepts	9
6.10.2022, Hanspeter Amstutz	9
Marc Bourgeois: «Kein Politikbereich ist so unehrlich wie die Bildungspolitik»	10
Condorcet Bildungsperspektiven, 26. September 2022, Interview mit Marc Bourgeois	10

Die richtigen Lehren aus den Reformdebakeln zu ziehen wird harte Arbeit für die Bildungspolitik

6.10.2022, Hanspeter Amstutz

Nach der Volksschule und der KV-Ausbildung hat die Reformwelle nun auch die Gymnasien erfasst. Kaum bestritten ist, dass im Bereich der MINT-Fächer ein Reformbedarf besteht. Informatik und Naturwissenschaften haben unser Leben in mancherlei Hinsicht grundlegend verändert. Damit müssen sich auch die Gymnasien auseinandersetzen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Rückständigkeit aussetzen wollen. Das Unerfreuliche dabei ist nur, dass die stets nach neuen Projekten suchenden Abteilungen der Bildungsforschung einmal mehr übers Ziel hinausgeschossen haben.

Beim Harnos-Projekt der Volksschule haben die Planungsstäbe aufgrund eines einfachen Harmonisierungsauftrags ungefragt einen hoch komplexen Lehrplan mit einer Unmenge an detaillierten Kompetenzziele geschaffen. Dass dieser Lehrplan in der Schulpraxis seine Funktion als Bildungskompass in keiner Weise erfüllt, scheint die eifrigen Reformer wenig zu kümmern. Bei der forcierteren KV-Reform hat man gleich den ganzen Fächerkatalog aufgelöst und neue didaktische Dogmen verkündet. Damit wurde die KV-Lehrerschaft vor den Kopf gestossen und ein Absturz der beliebtesten Berufslehre wird in Kauf genommen.

Totalumbau statt sanfter Revision bei den Lehrplänen der Gymnasien?

Soll nun die Reform des Gymnasiums nach dem gleichen schrägen Muster ablaufen? Die bisherigen Diskussionen an den Mittelschulen lassen hoffen, dass einiger Widerstand von Seiten der betroffenen Lehrerschaft zu erwarten ist. Die Schweizer Gymnasien stehen bezüglich Schulqualität im Vergleich zu den umliegenden Ländern sehr gut da. Unsere Gymnasien stehen im Ruf, ihren Lehrpersonen viel Freiheit bei gleichzeitigem klarem Bildungsauftrag zuzugestehen. Es sind wesentliche Bildungsinhalte, welche die Bildungsprogramme unserer Mittelschulen verbindlich prägen und den Universitäten Gewähr für eine ausreichende Hochschulreife des akademischen Nachwuchses bieten.



Der vorliegende Lehrplanentwurf für die Mittelschulen gleicht weit mehr einem Totalumbau als einer praxisbezogenen sanften Lehrplanrevision. Kernpunkt der grossen Reform neben der Neugewichtung der Fächer ist die Ausrichtung des Lehrplans auf ein engmaschiges Kompetenzmodell. Eigentlich müssten aus den Erfahrungen mit dem überladenen kompetenzbasierten Lehrplan der Volksschule in den Planungsabteilungen die Alarmglocken läuten. Doch nichts dergleichen geschieht.

Bildungskultur entsteht aus wesentlichen Bildungsinhalten

Carl Bossard deckt in seiner fundierten Kritik am Umbau des Gymnasiums auf, was mit einem Wechsel von leitenden Bildungsinhalten zu einem System mit Hunderten von einzeln überprüfbaren Kompetenzziele zu befürchten ist. Das Gymnasium würde seine freiheitliche Bildungskultur, die sich im Grossen und Ganzen bewährt hat, weitgehend verlieren. Reformen machen Sinn, wenn sie einen pädagogischen Mehrwert bringen und die Kostenfrage nicht ausser Acht gelassen wird. Doch beides trifft auf den aktuellen Lehrplanentwurf für unsere Mittelschulen nicht zu. Will die Bildungspolitik nicht den nächsten kapitalen Fehler machen, muss der Reformprozess mit einem uneingeschränkten Mitspracherecht der Lehrerschaft neu aufgegleist werden.

Haarsträubende Fehler bei der Einführung der frühen Fremdsprachen

Alles andere als ein Meisterwerk war auch die Einführung von zwei Fremdsprachen in der Primarschule. Schon der mutlose Kompromiss, dass beim Harnos-Projekt ausgerechnet bei den Fremdsprachen unterschiedliche Einstiegsszenarien erlaubt waren, machte die angestrebte Bildungsharmonisierung von Anfang an zur Farce. Condorcet-Autor Alain Pichard fasst in seinem Beitrag nochmals zusammen, was vor allem in der Nordwestschweiz im Frühfranzösisch alles schiefgelaufen ist. Es ist schon fast unglaublich, mit was für ungeeigneten Lehrmitteln und dogmatischen Vorgaben sich die Lehrpersonen herumschlagen mussten. Die ernüchternde Bilanz bei den offiziellen Erhebungen zu den Französischkenntnissen am Ende der Primarschule überrascht deshalb in keiner Weise.

Bemerkenswert ist, dass in der neusten Umfrage der Starken Schule beider Basel die Unzufriedenheit der Basler Lehrerschaft mit den Bedingungen des frühen Fremdsprachenunterrichts deutlich zum Ausdruck kommt. Offensichtlich sind zwei frühe Fremdsprachen für die meisten Kinder einfach eine Überforderung. Doch sehen Sie selbst, wie die Lehrpersonen die aktuelle Situation beurteilen und welche Lösungen sie vorschlagen.

Als Mitglied der kantonsrätlichen Bildungskommission habe ich die Diskussionen rund um die Einführung des Frühenglisch ab der zweiten Klasse unmittelbar erlebt. Wahrscheinlich ist wenig bekannt, dass Bildungsdirektor Ernst Buschor eigentlich nur das Frühfranzösisch durch das Frühenglisch ersetzen wollte und kein Dreisprachenkonzept (Deutsch, Englisch, Französisch) für die Primarschule vorsah. Warum es anders herausgekommen ist, können Sie in meinem Beitrag über das belastende Dreisprachenkonzept nachlesen.

Die Anliegen aus der Schulpraxis werden stärker wahrgenommen

Seit ein paar Wochen mehren sich hoffnungsvolle Anzeichen, dass Bildungspolitiker verschiedener Parteien genug von den Schönfärbereien der Bildungsdirektionen haben. So ist im Zürcher Kantonsrat eine Motion zur besseren Unterstützung der Klassenlehrkräfte parteiübergreifend eingereicht worden. Dieser Vorstoss kommt allerdings indirekt einem Eingeständnis gleich, dass die während Jahren erlaubte Aufsplitterung der Lehrerpensen den Schulbetrieb erheblich belastet hat. Obwohl es allmählich dämmert, dass die Bildungspolitik falsche Wege eingeschlagen hat, kann aber noch nicht von einer entschlossenen Kurskorrektur gesprochen werden. Deshalb fällt schon auf, wenn Kantonsrat Marc Bourgeois in einem Interview im Nebelspalter kein Blatt vor den Mund nimmt und scharfe Kritik an der bisherigen Bildungspolitik übt.

Der FDP-Kantonsrat stellt fest, dass in vielen Bildungsbereichen die hoch gesteckten Ziele bei Weitem nicht erreicht wurden. Als einzige Antwort auf den Misserfolg sei der Politik bisher nur die ständige Erhöhung der finanziellen Mittel eingefallen. Dabei müsste man jetzt endlich einmal genauer hinschauen, weshalb trotz zusätzlichem Lehr- und Betreuungspersonal mehr Unruhe in den



Klassen anzutreffen sei. Der Bildungspolitiker sieht unter anderem dringenden Handlungsbedarf bei der Wiedereinführung von Kleinklassen und beim überladenen Fremdsprachenkonzept der Primarschule.

Mehr Erfolg im Verbund mit unseren Partnerorganisationen

In diesem Newsletter haben wir gezielt Beiträge gesammelt, in denen Bilanz über die Schulentwicklung gezogen wird. Zurzeit ist in den Schulen vieles im Fluss, weil neue Wege gefunden werden müssen, um aus der Krise herauszukommen. Erfreulicherweise stehen wir mit unserer unbequemen Aufklärungsarbeit nicht allein. Unsere Partnerorganisationen Starke Schule St. Gallen, Starke Schule beider Basel, der viel beachtete Condorcet-Blog sowie neuerdings auch einige kantonale Lehrerorganisationen schlagen sehr kämpferische Töne an. Das ist unserer Meinung nach genau das Richtige, um jetzt gehört zu werden.

Für die Starke Volksschule Zürich

Hanspeter Amstutz

Humboldt oder McKinsey? Wohin steuert die Maturitätsreform?

Journal 21, 24.9.2022, von Carl Bossard

Bleibt das Gymnasium eine Schule für universitätsreife Köpfe? Das fragt sich, wer den Ansturm auf die Mittelschulen beobachtet. Nun soll das Gymi reformiert werden. Doch in welche Richtung?

«Sieh nach den Sternen, gib acht auf die Gassen!», so entfährt es einer thrakischen Magd. Sie sieht den Philosophen und Astronomen Thales von Milet auf seinem nächtlichen Spaziergang, den Blick fest auf den Sternenhimmel gerichtet, in die Zisterne stürzen – und lacht dabei. Seither hallt das Lachen der Thrakerin hörbar weiter. Es kommt manchen in den Sinn, wenn sie sich mit aktuellen Schulreformen befassen.

Der spürbare Sog des Gymnasiums

Eine grosse Reformwelle hat sich über die Schweizer Bildungslandschaft ergossen. Unzählige Innovationen haben die Volksschule umgestaltet. Auch das Gymi soll einer umfassenden Reform unterzogen werden. Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität WEGM heisst das Projekt. Der Handlungsbedarf geht aus dem Willen hervor, den prüfungsfreien Zugang an die Hochschule und Universitäten langfristig zu sichern.

Die Matura ist heute für viele ein Muss: eine Art *Conditio sine qua non*. In Basel schafften 2018 rund 45 Prozent den Zugang. Das erinnert an französische und deutsche Verhältnisse. Einige Schlagzeilen aus Schweizer Medien. «Die Goldküste im gymnasialen Rausch», «Zuger Gymnasien boomen wie noch nie», «Ins Gymnasium – auf Biegen und Brechen». Die Titel mögen plakativ sein, doch sie verweisen auf einen Trend, den Drang ans Gymnasium. Ein Drittel schafft es nur mit Nachhilfeunterricht. Manche sind überfordert, etliche verlassen die Schule vor der Matura. Evaluationen zeigen Defizite. Nicht umsonst schreibt die ETH-Wissenschaftlerin Elsbeth Stern: «Mindestens 30 Prozent der Mittelschüler gehören nicht ans Gymnasium.» Und weiter sagt sie: «Wenn man die überdurchschnittlich Intelligenten an den Universitäten haben will, dann sollte man eine [Studier-]Quote von etwa 20 Prozent anstreben – das ergibt sich aus der Normalverteilung der Intelligenz.»¹

¹ Elsbeth Stern und Aljoscha Neubauer: *Wir brauchen die Schläuen*. In: *DIE ZEIT*, 21.03.2013, S. 76.



Qualität und Quote korrelieren umgekehrt

Stefan C. Wolter, Leiter der Forschungsstelle für Bildungsökonomie an der Universität Bern, votiert für die gleiche Prozentzahl.² «Das System ist in Schiefelage geraten», analysiert er und fügt bei: «Einzelne Gymnasien vergeben Noten, die in keinem Verhältnis zu den objektiven Leistungen stehen.» Der Bildungsbericht 2018, das Standardwerk zur Schweizer Bildungspolitik, konstatiert nüchtern: Nicht allen Maturandinnen und Maturanden kann man aufgrund der gemessenen Kompetenzen «eine volle Studierfähigkeit attestieren».³

Doch das wäre das Ziel. Höhere Quoten gehen oft mit sinkenden Ansprüchen einher. Der Zusammenhang von «upgrading access and downgrading skills» ist bildungsgeschichtlich nichts Neues: Qualität und Quote korrelieren umgekehrt. Ein Zielkonflikt! Und doch: «Mehr Maturanden, bitte!» fordert Professor Philipp Sarasin, Universität Zürich, seit Jahren.⁴ Deziert verlangt er für einen Drittel aller Jugendlichen den Zugang zum Gymnasium. Gar eine «Matura für alle!» postulierte 2018 eine Publikation.⁵ Gemeint ist nicht nur die gymnasiale.

Gymnasiale Dilemmata

Das Schweizer Gymnasium kennt manche Spannungsfelder. Einige wenige seien kurz skizziert, allerdings mit van Goghs dickem Pinsel und nicht mit Dürers feinem Stift: Da haben wir die Ambiguität zwischen einer allgemeinen Hochschulreife und einer Fakultätsreife. Weiter steht das Ziel des Hochschulstudiums einer verstärkten Vorbereitung aufs Berufsleben gegenüber, wie sie der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse fordert. Die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die notwendige Schulautonomie widersprechen sich, ebenso zusätzliche Unterrichtsfächer und die notwendige Tiefe. Es gibt in diesen Dialektiken wohl keinen Wert, der nicht einen gleich-gültigen Gegenwert hat. Und beide Werte lassen sich nicht gleichzeitig maximieren.

Qualitätsverbesserung braucht ein hohes Mass an Autonomie

In welche Richtung aber soll sich das Schweizer Gymnasium entwickeln, wenn es nicht einem amorphen Vektorhaufen gleichen will? Wer steuert – und wie? Von oben? Top-down: über mehr Vorschriften und Vorgaben, über mehr Dekrete und Direktiven, über Daten und Dokumente? Über den geplanten, überfrachteten Lehrplan mit rund 460 Seiten? Formuliert in der praxiserfahrungsverdünnten Luft von Bildungsstäben! In der Lernbürokratie?

Oder bottom-up: Über eine hohe Autonomie der Einzelschule, die mit entsprechender Verantwortung von pädagogischer Schulleitung und Kollegium korreliert? Auch das wissen wir aus der Forschung ziemlich genau: Qualitätsverbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn die lokalen Akteure über ein hohes Mass an Autonomie verfügen – immer mit Blick auf das konkrete Lernen der Schülerinnen und Schüler und gekoppelt mit Verantwortungsbewusstsein. Dieser Autonomie ist Sorge zu tragen.

Wider die Kompetenzraster à la Lehrplan 21

Bei der sogenannten Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität geht es um die Stärkung der MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik. Und es geht darum, das Gymnasium anspruchsvoller zu machen. Gegen diese Intention ist nichts einzuwenden.

Das Gymnasium bleibt in seiner Struktur mit dem Fachprinzip, dem wissenschaftspropädeutischen und dem allgemeinen Hochschul-/Universitätszugang, der sogenannten «Hochschulreife», unangestastet. Am Bildungsziel des Gymnasiums ändert sich nichts. Humboldt bleibt! Skepsis aber ergibt sich gegenüber dem kompetenzorientierten Lehrplan-Dokument von gegen 460 Seiten, gegen die

² Alexandra Kedves: „Gymi-Quote von 20 Prozent ist richtig“. In: *Tages-Anzeiger*, 09.09.2019. S. 31.

³ *Bildungsbericht Schweiz 2018*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, S. 151.

⁴ Philipp Sarasin: *Mehr Maturanden, bitte!* In: *Magazin. Die Zeitschrift der Universität Zürich* 4/2012, 44f.

⁵ Andreas Pfister: *Matura für alle! Wie wir das Geissenpeter-Syndrom überwinden*. Embrach: Arisverlag, 2018.

Der Autor fordert, dass (fast) alle Jugendlichen eine der drei Matura-Typen absolvieren: gymnasiale Matura, Berufsmatura oder Fachmatura.



Kompetenzraster à la Lehrplan 21. Hier heisst es beispielsweise: «Die Schülerinnen und Schüler können nach einer langen Laufbelastung die Geschwindigkeit anpassen.»

Der Lehrplan 21 legt lauter kleinparzellierte Einzelkompetenzen fest. Überprüfbar. Kontrollierbar. Anwendbar. Im Fach Musik wird zum Beispiel von einem Kind gefordert: «Kann seinen Körper sensomotorisch wahrnehmen und musikbezogen reagieren.» Ein solches Korsett wird für viele zum Problem. Es sind Hunderte von Seiten mit rund 3'600 Teilkompetenzen. Alles wird dann noch in drei Stufen aufgeteilt. Das wirkt wenig gymnasial.

Den Unterricht inhaltlich fassen, nicht kompetenztheoretisch

Die Kompetenzen sind eine universelle Idee. Sie nehmen keine Rücksicht auf die Bildungskultur. Wie soll ich beispielsweise die Mathe der dritten Gymnasialklasse in Kompetenzstufen aufteilen? Es ist der Versuch, transparent zu machen, was notwendig vage bleibt. Unterricht ist ja immer mit Ungewissheit konnotiert. Das Ganze führt zu Strichlisten. Und das ist illusionär. Die Implementation von solchen Kompetenzrastern ist ein Riesenaufwand; und ob die Universitäten und die ETH wollen, was bei solchen Vorgaben «rauskommt»? Zweifel sind angebracht. Im Normalfall ist es ja trivial.

Es gilt, den Unterricht inhaltlich zu fassen – nicht kompetenztheoretisch! Die Studierenden müssen inhaltlich vorbereitet sein; das lässt sich nur bedingt in ein Kompetenzvokabular mit drei Stufen fassen – vor allem wenn der Lehrplan von fremden, schulexternen Kommissionen entwickelt wird, wie das im Moment geschieht. Anders gesagt: Lehrerinnen und Lehrer werden durch externe, überdimensionierte Rahmenlehrpläne zunehmend von der eigentlichen Berufsaufgabe abgelenkt – und damit von dem, was sie gerne tun und das Kernelement ihres pädagogischen Wirkens nennen: unterrichten! Darum: Humboldt ja! McKinsey nein!

Wider den (Reform-)Sturz in die Zisterne

Wer in der Schule tätig ist, der muss nach den Sternen schauen und gleichzeitig achtgeben auf die Gassen. Genau wie es die witzige Magd Thales von Milet nahelegte, als er nachts in die Zisterne gefallen war. Der griechische Philosoph war aber nicht nur Denker im Grundsätzlichen, er war auch Pragmatiker im Tatsächlichen. Er durchmass die Höhen des Himmels und war gleichzeitig gewiefter Ökonom. Dieser Thales sollte in jeder Schulleitung stecken, sollte alle Gymnasiallehrerinnen und -lehrer leiten: die schulischen Zusammenhänge im Blick und das gymnasiale Bildungsziel vor Augen haben und gleichzeitig den pädagogischen Alltag meistern. Das bewahrt vor dem (Reform-)Sturz in die Zisterne.

Frühfranzösisch: Ein Amoklauf im bildungspolitischen Zentralmassiv

Condorcet Bildungsperspektiven, 3.10.2022, Alain Pichard

Zugegeben, es ist über weite Tele nicht neu, was Condorcet-Autor Alain Pichard zum Frühfranzösisch schreibt. Aber es handelt sich um eine kompakte Zusammenfassung eines kolossalen Irrtums, den die Verantwortlichen nun mit noch mehr Geld und Nachbearbeitungen korrigieren wollen. Sieht so die evidenzbasierte Bildungspolitik aus?

Nach dem 1. PISA-Test im Jahr 2000 war die mediale Erregung gross. Erschüttert vom angeblichen Beleg für das Ungenügen des hiesigen Schulsystems, sah man über die Grenzen hinaus und stellte fest, dass in Nachbarländern die Schulkinder viel früher mit Fremdsprachen begannen. Prompt forderte die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) – das ist das oberste Bildungsgremium unseres Landes – einen früheren Fremdsprachenunterricht, obwohl die Fremdsprachen gar nicht Bestandteil des PISA-Tests waren.

Natürlich gab es etwelche Einwände gegen diesen bildungspolitischen Hüftschuss. Denn keine einzige Studie belegte bis dahin, dass ein früherer Fremdsprachenbeginn das Können der Lernenden



in den Schulen verbessert. Im Gegenteil, die Kritiker legten zahlreiche Studien vor, welche zum Schluss kamen, dass ein früherer Fremdsprachenbeginn keinen nennenswerten Effekt haben würde. Und in unserem nördlichen Nachbarland war der Befund schon länger klar. Der SPIEGEL und die ZEIT kamen 2008 über das Frühenglisch zeitgleich zum gleichen Befund: «Blödsinn» und «Murks». Trotz dieser Fakten trieb eine Allianz aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft die Einführung von Frühfranzösisch voran.

Der Treppenwitz der Geschichte entstand anschliessend, als die Ostschweiz mit Frühenglisch und die Westschweiz mit Frühfranzösisch begann. Das war eine völlig entgegengesetzte Entscheidung zum HarmoS-Konkordat, das sich ja die schweizweite Harmonisierung zum Ziel gesetzt hatte. Als 2011 unser damaliger Bildungsdirektor Bernhard Pulver in Lyss feierlich die Einführung von Frühfranzösisch vor den versammelten Schulleitern der Region ankündigte, fragte ihn eine Teilnehmerin, was denn das Ziel von Frühfranzösisch sei: «Sollen die Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit besser Französisch können oder gleich gut oder will man einfach Frühfranzösisch einführen?» Herr Pulver fragte darauf seinen Zentralsekretär: «Ja, haben wir da eine Zieldefinition?» Egal, wie die damalige Zielsetzung aussah, es ging gründlich schief. Zahlreiche Unterstufenlehrerinnen wurden in Schnellkursen zu Französischlehrerinnen ausgebildet. 2011 folgte mit Passepartout ein Lehrmittel, das auf dem Prinzip «Sprachbad» basierte und den Lehrkräften verbot, Vokabeln zu lehren, Grammatik zu erklären und einen soliden sprachlichen Aufbau zu planen. Stattdessen sollten die Schüler sich alle Erkenntnisse selbst erarbeiten bzw. sie entdecken.

Die Einweg-Lehrmittel «Mille Feuilles» und «Clin d’Oeil» sind die teuersten Lehrmittel ever. Tausende von Lehrkräften wurden auf diese neue Didaktik umgeschult. Die Rückmeldungen aus den Kursen waren verheerend.

2017 wies eine Studie der Uni Freiburg über das Verstehen von französischen Texten nach, dass die Passepartout-Lernenden gegenüber den Bonne-Chance-Lernenden massiv im Rückstand seien. Der Kanton Solothurn kippte das Lehrmittel für die gymnasiale Vorstufe. 2018 strichen die Berner Gymnasien die französische Grammatik aus den Aufnahmeprüfungen für das Gymnasium und führen nur noch mündliche Prüfungen durch. 2019 ergeben die ersten schweizweiten ÜGK-Prüfungen (Überprüfung der Grundkompetenzen) miserable Französischkenntnisse für die Passepartout-Kantone. Es folgte eine lange angekündigte Evaluation der Passepartout-Lehrmittel durch das Freiburger Institut für Mehrsprachigkeit: Sie stellt dem Lehrmittel ein vernichtendes Zeugnis aus. Die Studie sollte geheim gehalten werden, berichtete die Berner Zeitung.

Den Kanton Bern hat dieser Spass 40 Millionen Franken gekostet, die sechs Passepartout-Kantone gaben insgesamt 100 Millionen Franken aus.

Aus den Schulen mehren sich inzwischen die besorgten Nachrichten über die Deutschkenntnisse unserer Lernenden. Zahlreiche Schüler verstehen einfachste Sätze nicht mehr und sind auch nicht in der Lage, einen zusammenhängenden Text verständlich zu schreiben. Die PISA-Studien weisen wiederholt darauf hin, dass 20% unserer Schüler nach neun Schuljahren nicht richtig lesen und schreiben können.

Anlässlich der Einführung des Lehrplans 21 versprach man uns ein Bildungsmonitoring. Das geht so: In vergleichenden Testen werden die Kenntnisse unserer Schüler geprüft, anschliessend werden die Schwachstellen eruiert und dann die nötigen Änderungen vorgenommen. Das nennt man evidenzbasierte Bildungspolitik. Ich frage Sie nun, meine verehrten Leserinnen und Leser, welche Evidenz würden Sie ziehen?

Einige Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den sechs Passepartout-Kantonen haben sich zusammengefunden und planen eine gemeinsame Eingabe in ihren jeweiligen Gremien. Der Condorcet-Blog ist dabei und wird darüber berichten.



Mehrheit beurteilt den Aufwand für Frühfranzösisch als wenig sinnvoll

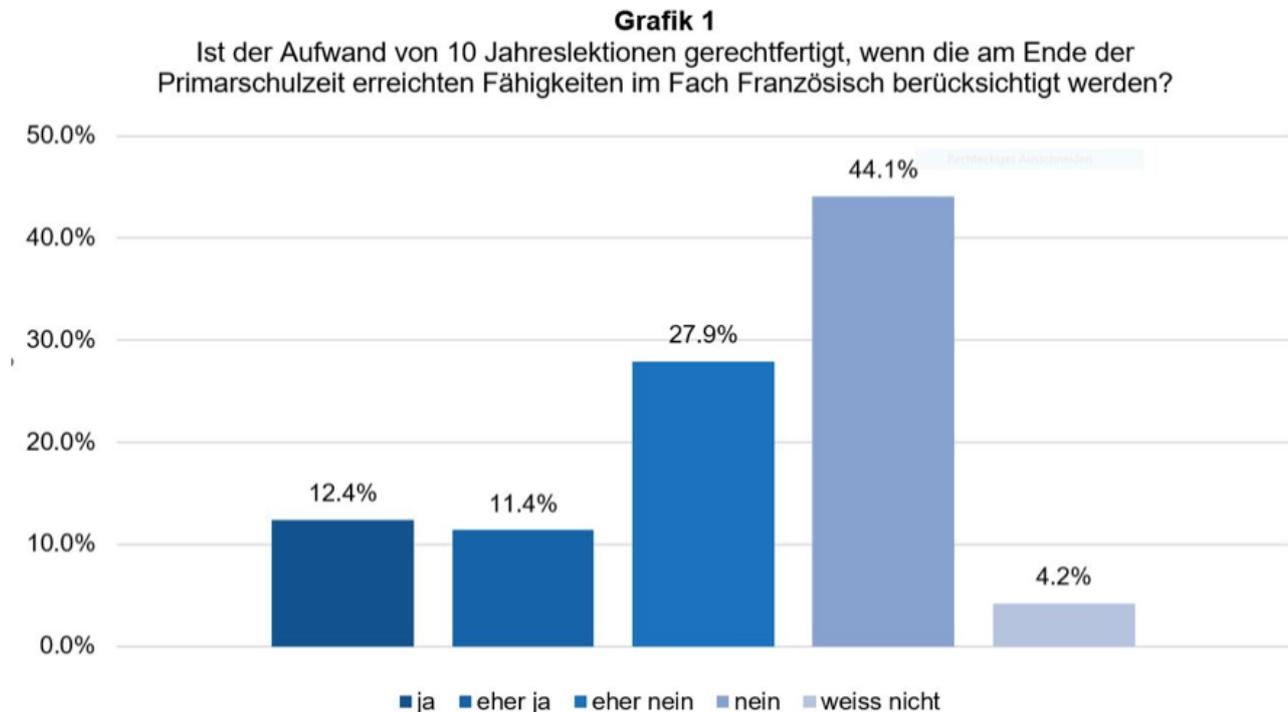
Starke Schule beider Basel, 30.9.2022, Alina Isler, Vorstand Starke Schule beider Basel

Seit rund 10 Jahren lernen die Primarschüler/-innen der beiden Basler Halbkantone zwei Fremdsprachen, die mit insgesamt 14 Jahreslektionen viel Zeit in Anspruch nehmen und einen Abbau der Anzahl Lektionen in anderen Fächern zur Folge hatte. Verschiedene Studien und Umfragen zeigen, dass ein früher Lernstart bei Fremdsprachen keine relevanten Vorteile bringt. Die Resultate der soeben durchgeführten Umfrage der Starken Schule beider Basel (SSbB) betreffend den Fremdsprachenunterricht an den Primarschulen sind vernichtend: Eine grosse Mehrheit sieht Handlungsbedarf.

Seit einiger Zeit stellt sich die Frage, ob das Fremdsprachenkonzept auf der Primarstufe grundsätzlich überarbeitet und zugunsten anderer Fächer nur eine Fremdsprache unterrichtet werden soll. Die zweite Fremdsprache würde dann erst an der Sekundarschule gelernt werden. Die SSbB hat aus diesem Grund eine breit angelegte Umfrage durchgeführt und grösstenteils Lehrpersonen, aber auch Eltern von schulpflichtigen Kindern sowie Bildungsinteressierte zum Thema befragt. An der Umfrage haben 548 Personen aus den beiden Basler Halbkantonen teilgenommen.

Französischunterricht: Viel Aufwand für wenig Ertrag

Die Primarschüler/-innen erhalten heute von der 3.-6. Primar insgesamt 10 Jahreslektionen Französisch. 72.1% der Befragten geben an, dass dieser Aufwand nicht oder eher nicht gerechtfertigt ist, wenn die von den Schüler/-innen am Ende der Primarschulzeit erreichten Fähigkeiten im Fach Französisch sowie der Abbau von Lektionen in anderen Fächern berücksichtigt wird. 23.8% empfinden diesen Aufwand als gerechtfertigt oder eher gerechtfertigt und 4.2% enthielten sich (siehe Grafik 1).

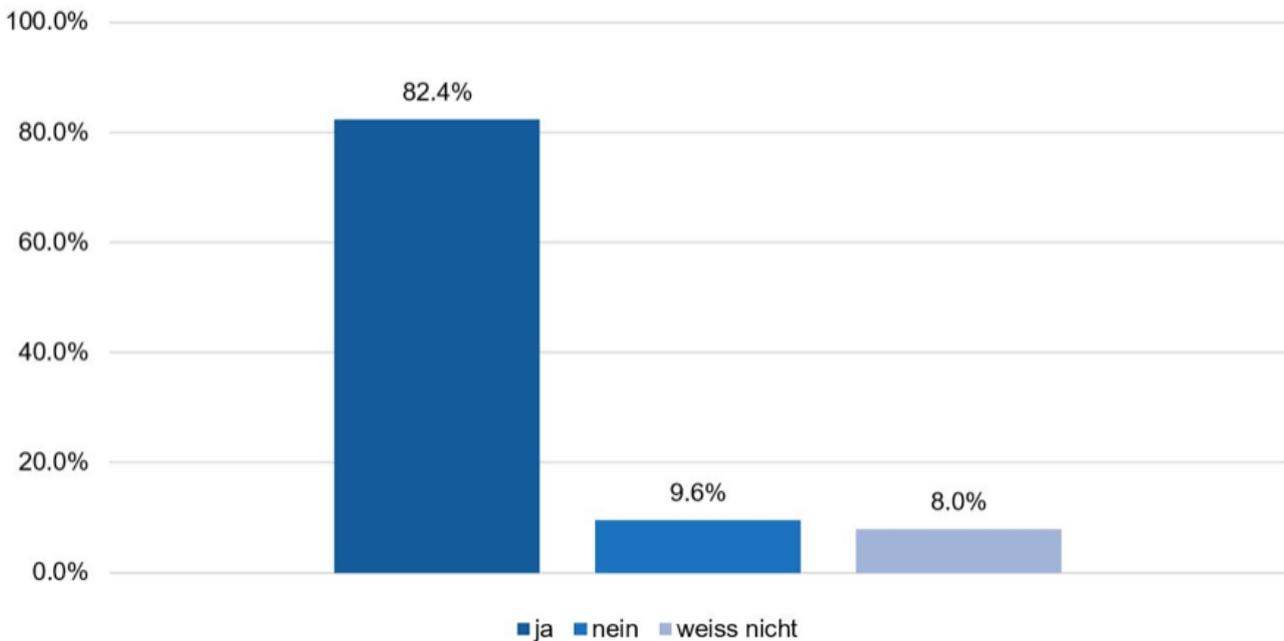


Fremdsprachenkonzept der Primarstufe soll überarbeitet werden

In der Umfrage wurden die Teilnehmenden auch gefragt, ob das Fremdsprachenkonzept der Primarstufe überarbeitet werden soll. Hier fallen die Antworten sogar noch deutlicher aus. Ganze 82.4% sprechen sich für eine Überarbeitung aus und nur 9.6% sehen dies nicht als notwendig. 7.9% antworteten mit «weiss nicht» (siehe Grafik 2).

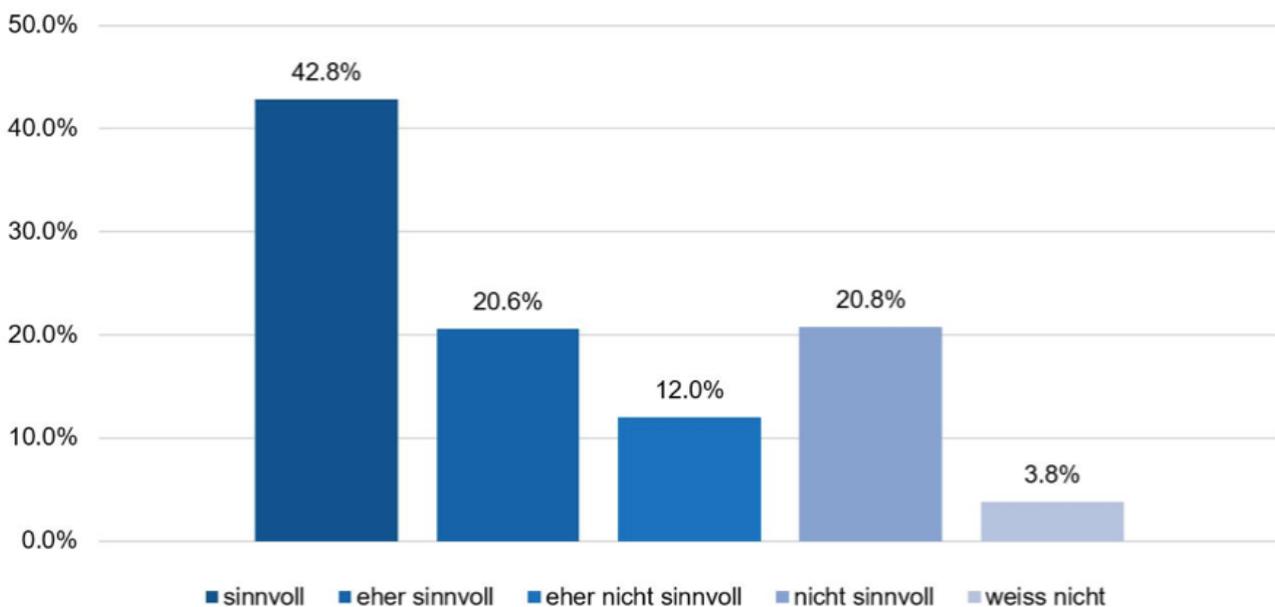


Grafik 2
Soll der Fremdsprachenunterricht überarbeitet werden?



Eine Forderung, die in letzter Zeit auf bildungspolitischer Ebene immer wieder diskutiert wurde, ist nicht nur die Reduktion auf eine Fremdsprache, sondern die Abschaffung des Fachs Französisch auf der Primarstufe. Stattdessen sollen die freiwerdenden Lektionen in andere Fächer investiert werden (z.B. in Deutsch, Mathematik oder in kreative Fächer). Von den Befragten stufen 63.4% diese Forderung als sinnvoll oder eher sinnvoll ein. 32.8% finden dies nicht oder eher nicht sinnvoll und 3.8% können dies nicht einschätzen (siehe Grafik 3).

Grafik 3
Wie beurteilen Sie die Forderung, Französisch auf der Primarstufe zu streichen und die freiwerdenden Lektionen für die Stärkung anderer Fächer zu verwenden?



Interessant sind die Umfrageresultate der Lehrpersonen getrennt nach den Schulstufen Primar, Sek. 1 und Sek. 2. Auf allen drei Stufen findet jeweils eine deutliche Mehrheit der Lehrpersonen die Forderung, auf Frühfranzösisch an den Primarschulen zu verzichten, sinnvoll. Während die Forderung auf der Primarstufe von 58.6% befürwortet und von 37.6% abgelehnt wird bei 3.8% Enthaltungen, ist die Zustimmung auf den Sekundarstufen signifikant höher. Auf der Stufe Sek. 1



stimmen 74.3% zu und 22.9% lehnen sie ab bei 2.8% Enthaltungen. Auf der Stufe Sek. 2 stimmen 61.2% zu, 32.9% sind dagegen und 5.9% haben sich enthalten.

Die Mehrheit der Lehrpersonen sieht Handlungsbedarf

368 Lehrpersonen nutzten in der Umfrage die Möglichkeit, detailliert und argumentativ Stellung zu beziehen. Die offen formulierten Antworten sprechen Bände: Viele Schüler/-innen sind neben dem Lernen der deutschen Sprache mit zwei weiteren Fremdsprachen überfordert. Für viele sei es frustrierend, wenn sie auch am Ende der Primarschulzeit praktisch keinen Satz sprechen können. Der Fokus sollte auf der Primarstufe deshalb mehr auf der Qualität statt auf der Quantität liegen. Auf Französisch sollte verzichtet und die freiwerdenden Lektionen in andere Fächer investiert werden. Dies würde den Primarschüler/-innen in der schulischen Entwicklung deutlich mehr helfen.

Dies zeigte bereits die Studie der Schweizer Linguistin Simone Pfenninger der Universität Zürich (2014). Der frühe Fremdsprachunterricht würde keinen nachhaltigen bzw. besseren Fremdspracherwerb erzielen. Bereits nach wenigen Monaten haben die Lernenden, die fünf Jahre später mit dem Fremdsprachenunterricht einstiegen, die Frühlernenden eingeholt und teilweise sogar überholt – dies in den verschiedensten Sprachbereichen. Das Argument «je früher, desto besser» wird damit widerlegt. Zu beachten ist, dass die Studie Zürcher Schüler/-innen betrifft und diese Kinder nicht mit Passepartout-Lehrmitteln unterrichtet wurden.

Die abenteuerliche Geschichte des gescheiterten Dreisprachenkonzepts

6.10.2022, Hanspeter Amstutz

Die Harnos-Bildungsgeschichte kann noch um einen sehr realitätsnahen Treppenwitz erweitert werden. So wollte um die Jahrtausendwende der Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor mit seinem Flair für den angloamerikanischen Zeitgeist das Primarschulfranzösisch durch immersiv vermitteltes Frühenglisch ersetzen. Die Proteste aus der Romandie hielten ihn aber nicht davon ab, das wichtige Englischprojekt fallen zu lassen. Vielmehr sollten im Kanton Zürich nun beide Fremdsprachen bereits in der Primarschule in gestaffelter Reihenfolge eingeführt werden.

Die Begeisterung fürs Englisch und die politische Konzession ans Französisch führten dazu, dass plötzlich die unsinnige Didaktik einer schulischen Dreisprachigkeit in der Mittelstufe salonfähig wurde. Seriöse Sprachwissenschaftler warnten zwar vor einem Irrweg, doch die Pädagogischen Hochschulen versprachen mit spielerischen Methoden und sensationellen neuen Lehrmitteln einen garantierten Erfolg. Die Euphorie weckte die hohe Erwartung in der Bevölkerung, dass fast jedes Kind mit Leichtigkeit früh drei Sprachen lernen werde.

Eine von den Zürcher Lehrerverbänden unterstützte Volksinitiative, welche eine einzige Fremdsprache an der Primarschule vorsah, hatte in dieser aufgeheizten Stimmung einen schweren Stand. Als Bundesrat Berset ankündigte, dass im Falle einer Annahme der Initiative das beliebte Englisch gestrichen werden müsste, war die Sache entschieden. Die Abstimmung wurde verloren und zementierte so die Dreisprachigkeit an der Zürcher Primarschule. Nachdem auch in anderen Kantonen ähnliche Volksinitiativen ohne Chancen waren, konnte die EDK ihr fragwürdiges Mehrsprachenkonzept fast widerstandslos durchsetzen.

Im Kanton Zürich war der Aufwand zur Entwicklung der Lehrmittel und für die Ausbildung der Primarlehrkräfte im Englisch gewaltig. Die Pädagogische Hochschule Zürich versuchte sich als ein führendes Zentrum für moderne Sprachendidaktik im europäischen Bildungswettbewerb zu positionieren. Man indoktrinierte unerfahrene Lehrpersonen mit höchst umstrittenen Lehrmethoden und lehnte einen klar strukturierten Sprachenunterricht ab. Das Schwergewicht in den Fachdidaktiken der Lehrerbildung verschob sich zum Englisch, welches auf Kosten anderer Bildungsbereiche sehr viel Ausbildungszeit verschlang. Die für die Deutschförderung so wichtigen Realienfächer zählten



zu den Verlierern. Für den arg zusammengestrichenen Geschichtsunterricht fehlte ein überzeugendes Konzept und die unterdessen wieder aufgewerteten Naturwissenschaften führten ein Mauerblümchendasein.

In der Schulpraxis zeigte das überladene Sprachenkonzept schon bald seine unerfreulichen Auswirkungen. Statt besserer kommunikativer Fähigkeiten machte sich Hektik und Oberflächlichkeit im Unterricht der Mittelstufe breit. Wie mehrere bekannte Studien aufdeckten, waren die Kenntnisse im Französisch bei den meisten Schülern am Ende der Primarschulzeit rudimentär und im Deutsch stellte man erhebliche Mängel bei den Grundlagen fest. Spätestens nach den ernüchternden Resultaten der offiziellen Zentralschweizer Studie zur Bilanz des frühen Französischunterrichts und dem Absturz eines Fünftels unserer Schulabgänger beim nationalen Vergleichstest im Deutsch hätten bei den Bildungsdirektionen die Alarmglocken läuten müssen. Doch die vielgerühmte Bildungssteuerung versagte kläglich. Man redete sich heraus und liess die unangenehmen Studien in den tiefsten Schubladen verschwinden.

Das überladene Sprachenkonzept ist uns in jeder Hinsicht teuer zu stehen gekommen. Der neue Lehrplan platzt aus allen Nähten, die Freude am Sprachenlernen hat bei vielen Kindern abgenommen, die aufsummierten Kosten für den frühen Fremdsprachenunterricht sind enorm und die angestrebte Harmonisierung der Bildung bleibt ein nicht eingelöstes Versprechen. Ein Weiterwursteln mit noch mehr finanziellen Mitteln hilft nicht weiter. Die Bildungspolitik muss jetzt endlich über die Bücher und den Mut aufbringen, das gescheiterte Dreisprachenkonzept der Primarschule zu ändern.

Marc Bourgeois: «Kein Politikbereich ist so unehrlich wie die Bildungspolitik»

Condorcet Bildungsperspektiven, 26. September 2022, Interview mit Marc Bourgeois

Nachdem die FDP lange Zeit den Pädagogen vertraut hat, regt sich in immer mehr Kantonen Widerstand gegen die pausenlosen Bildungsreformen in der Volksschule. Viele Politiker stellen ernüchert fest, dass die versprochenen Ziele niemals erreicht wurden und dafür ständig noch mehr Mittel gefordert werden.

Wir veröffentlichen hier ein aufschlussreiches Interview mit dem freisinnigen Zürcher Kantonsrat Marc Bourgeois, der in Zürich die Bildungsdirektion mit Vorstössen zu Lehrmitteln, Lehrkräftemangel, Kindergarten usw. auf Trab hält. Dieses Interview ist von Daniel Wahl, Journalist im Nebelspalter, geführt worden.

Marc Bourgeois, am Wochenende stimmen die Zürcher über eine Tagesschule ab, die jährlich entweder 75 oder 126 Millionen Franken kosten soll. Ob das bisherige Angebot mit privaten Horten oder Mittagstischen genügt, steht eigentlich gar nicht mehr zur Debatte. Sind selbst die Bürgerlichen inzwischen auch für mehr Staat in der Bildung?

Marc Bourgeois: Gegen eine schlanke Tagesschule mit dem Ziel, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, spricht nichts. Ich stelle aber ernüchert fest, dass jene Kreise Oberhand gewinnen, welche die Eltern gleichzeitig von jeder Verantwortung entbinden wollen. Dies unter dem Vorwand der «Chancengerechtigkeit». In Wirklichkeit dürfte es diesen Kreisen, zu denen an vorderster Front Gewerkschaften gehören, schlicht darum gehen, noch mehr Stellen zu schaffen. Man muss schon froh sein, dass die Tagesschule noch freiwillig ist. Mit Betonung auf «noch».

In Zürich soll die Widerspruchslösung zum Tragen kommen: Man muss das Kind abmelden, wenn man es nicht in die Tagesschule schicken will. Die Freiwilligkeit ist doch gegeben?

In der Verordnung, ja – obwohl ich bezweifle, dass einen der Staat zu einem freiwilligen, kostenpflichtigen Angebot zwingen kann, wenn man sich nicht Monate zuvor abgemeldet hat. Das ist schlimmer als jede Abo-Falle. Dass es mit der Freiwilligkeit aber nicht weit her ist, erkennt man im Evaluationsbericht zu den Tagesschulen. Dort heisst es, das Ziel, 90 Prozent der Primarschüler und



75 Prozent der Oberstufenschüler an die Tagesschulen zu bringen, sei noch nicht erreicht worden. Die Politik hat aber nie ein solches Mengenziel festgelegt; das wurde einfach von der Verwaltung bestimmt.

Erreicht werden soll dieses Ziel durch unsanften Druck: Wer sein Kind nur an einem Tag in der Schule lässt, bezahlt oft mehr als jene, welche sich für die Tagesschule entscheiden und ihr Kind an allen Tagen mit Nachmittagsunterricht in der Schule lassen. Zudem droht mit einer Verwischung der Grenzen zwischen Bildung und Betreuung auch eine pädagogische Benachteiligung der abgemeldeten Kinder, und sie drohen zu Aussenseitern zu werden. Von Freiwilligkeit würde ich da nicht mehr sprechen.

Bloss ein Systemfehler?

Das Ganze ist zunächst gut gemeint, aber dahinter steckt der sozialistische Gedanke der Gleichschaltung. Mir ist klar, geworden, dass das genau der Effekt ist, den sich linke Kreise herbeiwünschen: Ihnen ist es egal, ob Eltern arbeiten gehen oder zuhause bleiben. Im Vordergrund stehen mehr staatliche Arbeitsplätze und ein ausgedehnter Einfluss auf die Kinder. Auch wenn solche Vergleiche schwierig sind: Es ist kein Zufall, dass gerade in der DDR unfreiwillige Tagesschulen – teils sogar «Wochenschulen» – einen Höhepunkt erlebten. Der Einfluss des Staates auf die Denkhaltung der Kinder war so riesig. Dass dieser Stempel auch politisch gefärbt ist, dürfte jedem klar sein; Stichwort Linksdrall an Schulen.

Man will allen Kindern dieselben Startchancen geben. Das klingt doch auch für die FDP verlockend?

Chancengerechtigkeit ist ein urliberales Anliegen. Aber kein Politikbereich ist so unehrlich wie die Bildungspolitik. Es geht um Kinder, da wird mit Emotionen gelogen, dass sich die Balken biegen. So werden als gute Gründe für steigende Ausgaben stets «Chancengerechtigkeit», «Bildungsqualität» und «Vereinbarkeit von Familie und Beruf angegeben». Die wahren Gründe: Bildungspolitik statt Bildungspolitik, Abschottung des Berufsstandes und Vereinnahmung der Kinder. Gerade in der Bildung braucht es Mut, sich gegen Forderungen aus dem Bildungskuchen zu stemmen. Denn wir reden vermeintlich von Geldern, die den Kindern zugutekommen. Gibt es aber Hinweise darauf, dass die Bildung durch all die teuren Reformen besser geworden ist? Oder chancengerechter? Wenn es Indizien gibt, dann deuten sie in die gegenteilige Richtung. Immer mehr Kinder von bildungsnahen Familien ergänzen die Volksschulbildung durch zusätzliche Angebote. Sie trauen der Volksschule nicht mehr. Und die einzigen einigermaßen objektiven Zeitreihen, die Pisa-Daten, zeigen seit der Einführung der schulischen Integration nur nach unten. Man hat Unsummen darin investiert; die Bildung ist dabei weder besser, noch gerechter geworden. Cui bono, fragt man sich da. Nun, wer sicher profitiert hat, ist der aufgeblähte Personaletat. Was die Betroffenen dabei vergessen: Je mehr Geld in diesem System unnütz versickert, desto weniger steht letztlich für Bildung zur Verfügung, und desto höher wird der Kostendruck auf die einzelne Stelle.

Was ist an «gleichen Startchancen» schlecht?

Wenn alle nicht nur die gleichen Chancen haben sollen, sondern auch dieselben Resultate erreichen sollen, oder dank einer Abschaffung von Noten gar keine messbaren Resultate erreichen sollen, dann kann das Niveau nur sinken. Sie können aus einer schwachen Schülerin keine Raketenwissenschaftlerin machen. Aber aus einer möglichen Raketenwissenschaftlerin sehr wohl eine schwache Schülerin. Und genau das passiert gegenwärtig im schulischen Integrationsmodell – bei der Integration von stark verhaltensauffälligen und extrem leistungsschwachen Kindern in die Regelklassen. Weil dies eine Lehrperson alleine nicht stemmen kann, stellt man einfach weitere Förderlehrpersonen und Assistenzen ins Klassenzimmer. Mit der Folge, dass oftmals Bahnstimmung und ein Kommen und Gehen herrscht. Von den Kostenfolgen ganz zu schweigen. Leider schwappt dieser Trend der Gleichmacherei allmählich auch auf den vorschulischen Bereich über.

Wie kommen Sie darauf, schon von einer vorschulischen Nivellierung zu sprechen?

Zuerst hat man den früher freiwilligen Kindergarten für obligatorisch erklärt. Kindergärtner werden an der Pädagogischen Hochschule ausgebildet, der Kindergarten wird von einem Lehrplan



gesteuert. Dann hat man das Eintrittsalter in den Kindergarten gesenkt. Jetzt bestehen Bestrebungen, auch vorschulische Angebote für bildungsferne Kinder verpflichtend zu machen. Es ist absehbar, dass man zwecks einer guten «Durchmischung» früher oder später auch bildungsnahe Kinder zu solchen Angeboten verpflichten will. Die Kinder werden immer früher der Verantwortung der Eltern entzogen, weil sonst gewisse Kinder einen Startvorteil haben könnten. Aber hilft man den schwachen Kindern wirklich, wenn man die stärkeren ihrer Vorteile beraubt?

Haben Sie den Kindergarten als bereits verschult erlebt, oder durften Ihre Kinder noch spielen?

Wir haben ihn nicht als verschult erlebt. Das liegt daran, dass die Kindergartenlehrpersonen heute meist noch nach gewohntem Muster die Kinder befähigen, die Welt besser zu verstehen. Der Lehrplan wird da meist links liegen gelassen. Aber das ändert sich langsam. Obwohl das Volk Nein zur Grundstufe gesagt hat, bildet man die Kindergartenlehrpersonen demnächst gleich aus wie die Primarlehrpersonen. Das wird Folgen haben.

Seit wann hat die Schule Ihrer Ansicht nach Schlagseite erhalten?

Eine wesentliche Zäsur war der Entscheid für das schulische Integrationsmodell, das vor gut zehn Jahren eingeführt wurde. Seit dieser Zeit ist die Schweiz im internationalen Vergleich konstant zurückgefallen, wie die Pisa-Studien ergeben haben, und zwar in allen Disziplinen. Nicht wenige Lehrmeister bestätigen dieses Bild: Viele Schulabgänger erreichen nicht einmal mehr die tief angesetzten Mindestanforderungen. Ich habe selber fast 20 Jahre lang in meinem IT-Betrieb Lehrlinge ausgebildet. Seit diesem Herbst verzichte ich darauf. Die Vorkenntnisse sind ungenügend, und der Betreuungsaufwand steigt immer mehr.

Viele Berufsbildungsleute – die in der Mehrheit bürgerlich gesinnt sind – sprechen aber von einer kompetenten Jugend. Sie könnten vielleicht nicht mehr so gut schreiben, seien aber enorm anpassungsfähig und wüssten sich zu helfen. Was sagen Sie dazu?

Es ist möglich, dass sich die Flexibilität erhöht hat. Aber was nützt Anpassungsfähigkeit im Betrieb, wenn ein Lernender sprachlich so schwach ist, dass er kein einziges Mail richtig beantworten kann? Da wird schon in frühen Klassen von Selbstkompetenz gesprochen, von Lerninseln, von Eigenverantwortung und von selbstgesteuertem Lernen. Ich spüre den Effekt nicht. Ich bin schon froh, wenn ein Lernender überhaupt auf ein dringendes Mail eines Kunden reagiert.

Die Meinung der Bildungsexperten lautet, dass die Anforderungen an die Schüler stetig gestiegen sind, dass der Druck zugenommen hat und die Bildung ein hohes Niveau hat.

Das stimmt wohl. Man will tendenziell zu viel. Und vernachlässigt dadurch das Wesentliche: Das Lesen, Schreiben und die Mathematik, ein Grundstock an Allgemeinbildung und wohl eine Fremdsprache. Das hat teils mit dem überfrachteten Lehrplan 21 zu tun. Die Lehrpersonen müssen von Thema zu Thema hetzen. Das Motto der Grundschule scheint auch zu lauten: Übe keinen Druck aus, mache keinen Frontalunterricht, keine vertieften Repetitionsphasen, einfach nichts, was nach Drill und Druck klingt und gewisse Kinder aus der Komfortzone katapultieren könnte. Ich sehe das bei unseren Kindern: Die Themen werden kurz gestreift. Zwei Jahre später auf höherem Niveau. In der Zwischenzeit haben sie alles vergessen, weil sich der Stoff nie setzen konnte. Ergänzend hinzu kommt die Tendenz, keine Hausaufgaben mehr zu erteilen. Das wirklich selbständige Üben in Ruhe geht so verloren.

Was sind die Gründe?

Der «gute» Grund? Einmal mehr die Chancengerechtigkeit. Weil nicht alle Kinder zuhause Unterstützung erhalten, soll kein Kind Unterstützung erhalten. Auch dies eine Nivellierung nach unten. Der wahre Grund? Es ist natürlich angenehmer, keine Hausaufgaben korrigieren zu müssen. Ohne Hausaufgaben verlieren jene Eltern, die das wünschen, aber auch den Draht zur Schule. Das versucht man dann mit aufwändigen Konstrukten wie nichtssagenden «Zeigehefte» wettzumachen. Bildungsnahe Eltern machen es auf ihre eigene Weise wett: Sie senden ihre Zöglinge lange vor dem Übertritt in die Oberstufe scharenweise in den Privatunterricht. Oder man gibt den Kindern zuhause Zusatzaufgaben.



Nun gibt es aber auch neue Einsichten und Studien, die belegen, dass die Einführung von Frühfranzösisch falsch war oder dass das Integrationsmodell die Normalklasse zu stark belastet. Doch korrigiert wird nicht auf das nächste Semester. Warum nicht?

Das kann ich nur für den Kanton Zürich beantworten. Der Prozess verläuft träge: Verschiedene Bildungsinstitute erhalten den Auftrag, Erhebungen zu machen. Das dauert, zwei, drei Jahre. Dann erklärt die Verwaltung, sie müssten erst mal die Grundlagen für einen Entscheid erarbeiten. Zwei, drei Jahren später kommt das Geschäft endlich ins Parlament und kann politisch diskutiert werden. Natürlich ist es komplex, wenn ein Bildungsdampfer wie der Kanton Zürich an einer Stellschraube etwas ändert; es könnte beispielsweise plötzlich zu einem Mangel oder einem Überfluss an Personal führen, zu ungeeignet qualifiziertem Personal oder unpassenden Schulhäusern. Was mir bei diesen Prozessen aufgefallen ist: Wir haben nie Bildungspolitik gemacht. Sondern Bildungspersonalpolitik betrieben.

Erklären Sie.

In jedem parlamentarischen Geschäft geht es im Kern immer ums Personal, nie um die Qualität. Ein aktuelles Beispiel zum Thema Lehrpersonenmangel: Im Kanton Zürich verdienen die Primarlehrer 25 Prozent mehr als im Durchschnitt der Deutschschweizer Kantone. Allen ist bewusst, dass das Lohnniveau nicht Auslöser des Mangels ist. Im Gegenteil: Noch höhere Löhne könnten zu noch tieferen Pensen führen. Nun heisst es, man müsse am sogenannten Lektionenfaktor schrauben, damit die Lehrer entlastet würden. Der Lektionenfaktor ist die Massgabe für den Jahresaufwand einer einzelnen Wochenlektion. Daran etwas zu ändern, ist nichts anderes als eine versteckte Formulierung, die Löhne zu erhöhen. Und wenn heute von einer Flötenlehrerin, die Sechsjährige unterrichtet, verlangt wird, sie müsse dafür über ein Studium verfügen, denn geht es um eine klassische Marktabschottung, und zugleich um Arbeitsbeschaffung für FHs.

Wie lässt sich dann die Bildungsqualität steigern, ohne einfach neue Finanzmittel einzuschiessen?

Die erste, wichtigste Massnahme wäre, wieder mehr Ruhe und Kontinuität in die Klassenzimmer und den Schulbetrieb zu bringen und die Anzahl Bezugspersonen pro Kind zu reduzieren. Das bedingt Anpassungen am integrativen Schulmodell.

Das ist eine Absage an die integrative Klasse.

Zumindest in der heutigen Form. Man muss schon sehr angestrengt wegschauen, um so zu tun, also ob das heutige System funktioniere. Einfach immer noch mehr Mittel ins System zu kippen und noch mehr Personal ins Klassenzimmer zu stellen kann nicht die Lösung sein. Der gutgemeinte Gedanke bei ihrer Einführung war, Kinder sozial nicht zu isolieren. Man tut dabei so, als ob sich die Kinder nicht begegnen würden, wenn sie nicht in derselben Klasse sitzen. Das ist aber falsch. Heute wird Integration in der Klasse zum Schein ausgelebt. Da sitzen die Sonderpädagogen hinter den verhaltensauffälligen Kindern und betreuen sie separat. Die Kinder sind so besonders stigmatisiert, vor dem Hintergrund, dass allen klar ist, wer «blöd» ist und den Unterricht ständig stört. Das führt auch zu absurden Effekten: Die Eltern begabter Kinder argumentieren, dass ihr Kind mehr verdient habe, als im täglichen Chaos einer integrativen Klasse unterrichtet zu werden. Die Folge ist: Sehr schwache und stark verhaltensauffällige Kinder werden integriert, leistungsstarke wiederum in Förderprogrammen separiert. Verlierer im System sind die durchschnittlichen Kinder. Sie erhalten zu wenig Aufmerksamkeit.

Zurück zur Steigerung der Bildungsqualität, ohne höheren Aufwand zu generieren:

Es braucht wohl auch eine Verschlankung des Lehrplans. Er soll sich vermehrt an den für alle Berufe zwingenden Grundkompetenzen orientieren: Mathe, Deutsch, Lesen, Allgemeinbildung, vielleicht nur eine Fremdsprache. Dann kann der Unterricht auch wieder aus einer Hand geführt werden. Obwohl die Lehrmittel besser geworden sind, können die Lehrpersonen heute immer weniger Fächer abdecken. Der Optimalfall ist für mich ganz klar, wenn eine Lehrperson in der Primarschule eine Klasse eigenverantwortlich führen kann, getreu nach dem Motto: ein Raum, eine Chefin oder ein Chef. Jede zusätzliche Person schafft neue Schnittstellen und Koordinationsaufwand. Im Team ist dann niemand mehr wirklich für das Weiterkommen des Kindes persönlich



verantwortlich.

Schliesslich setzte ich mich für eine schlanke, wenig aufwändige Leistungsmessung ein: die Noten. Kompetenzorientierter Unterricht ist nicht falsch, aber man kann nicht Dutzende Kompetenzen pro Kind messen. Eine Parlamentsmehrheit im Kanton Zürich hat kürzlich im Gesetz festgehalten, dass es Semesternoten geben muss. Eine Schule ohne Leistungsmessung spiegelt den Kindern nicht nur eine Welt vor, in der Leistung nicht zählt, sondern ist auch eine Missachtung der Leistung der Kinder. Noten sind nicht perfekt. Aber sie sind besser als keine Noten.

Die Ratslinke hat zwar beteuert, man wolle die Noten nicht abschaffen, nur um dann im nächsten Satz zu sagen, dass Noten überflüssig seien. Genau deshalb hat der Kantonsrat hier präventiv eine Notenpflicht eingeführt.

Der Trend geht in Richtung «keine Noten».

Ja, Kreise um das Institut für Erziehungswissenschaften an der Uni Zürich geben Bücher heraus wie «Schule ohne Noten». Folgt man diesen Personen in den sozialen Medien, so erkennt man rasch, wie radikal links sie ticken. Neben diesem Institut führt die Uni auch das Institut für Bildungsevaluation; Bildungsforschung betreibt auch die Pädagogische Hochschule, ebenso die ETH. Und alle müssen immer neue Ansätze, neue Reformen erfinden. Sie würden sich sonst als überflüssig erweisen. Das wäre das Schlimmste für die Bildungsindustrie. Dabei bräuchte die Volksschule vor allem etwas: endlich einen Reformstopp.

Das sind viele Akteure, die sich für die Staatsschule einsetzen. Liegt eine Lösung darin, die Konkurrenz, die Privatschulen, zu stärken?

Das ist eine Entwicklung, die abzusehen ist: Viele Reiche kaufen sich bereits jetzt aus der Volksschule heraus und lassen ihren Nachwuchs an Privatschulen ausbilden. Am Zürichberg besucht jedes sechste Kind eine Privatschule. Und dort, wo ein solcher Entscheid folgerichtiger wäre, aber das Portemonnaie dünner ist, nämlich in Schwamendingen, sind es weniger als drei Prozent. Da sich nicht beliebig viele Eltern Privatschulen leisten können, erfolgt die Privatisierung der Bildung unsichtbar, indem Kinder bildungsnaher Eltern neben der Volksschule gefördert werden. Insgesamt ist das ein unerfreulicher Trend, der genau das Gegenteil der angestrebten Chancengerechtigkeit erreicht, und an angloamerikanische Verhältnisse erinnert, wo Geld über Bildung entscheidet. Wir dürfen es nicht so weit kommen lassen.

Können Sie das Ruder mit Ihrer Partei herumreissen?

Die FDP im Kanton Zürich begleitet die sich jagenden Reformen kritisch. Aber ganz ehrlich? Man kann schon den Glauben verlieren. Die Personallobbys rund um den Bildungsbereich sitzen einfach am längeren Hebel. Zeit für die Bürgerlichen, sich wieder vermehrt um dieses Thema zu kümmern.